

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Doris Achelwilm, Martina Renner, Dr. Petra Sitte, Simone Barrientos, Matthias W. Birkwald, Birke Bull-Bischoff, Brigitte Freihold, Nicole Gohlke, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Cornelia Möhring, Norbert Müller, Petra Pau, Sören Pellmann, Friedrich Straetmanns, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten durch Neonazis und sogenannte Rechtspopulisten

Am Rande rechter Aufmärsche und bei Rechtsrock-Veranstaltungen, aber auch bei Versammlungen der AfD kommt es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen auf Journalistinnen und Journalisten. Das Fachblatt Journalist formulierte es im März 2018 wie folgt: „Die Pressefreiheit wird derzeit auf den Straßen in einer Weise angegriffen, wie es in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik lange undenkbar war“ (www.journalist-magazin.de/hintergrund/zur-jagd-freigegeben, www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2018/Nahaufnahme_Deutschland_2018_-_Reporter_ohne_Grenzen.pdf).

Allein folgende Übergriffe aus den letzten drei Monaten belegen die Gefahr, die von rechten Gewalttätern für Journalist/-innen ausgeht:

- Im April griffen polizeibekannte Neonazis im Eichsfeld mit Schlagwerkzeugen und einem Messer bewaffnet zwei Pressevertreter an und verletzten diese (www.tagesspiegel.de/politik/brutaler-angriff-in-thueringen-mit-baseballschlaeger-und-schraubenschlüssel-neonazis-attackieren-journalisten/21229666.html).
- Bei der neonazistischen Konzertveranstaltung in Themar wurde ein Fotograf angegriffen und verletzt (www.spiegel.de/politik/deutschland/themar-journalist-bei-neonazi-festival-angegriffen-a-1212091.html).
- Am Rande eines AfD-Landesparteitags in Bremen wurden Journalist/-innen an ihrer Arbeit gehindert, genötigt und körperlich bedrängt (www.taz.de/!5511529).
- Teilnehmer der AfD-Versammlung „Kyffhäusertreffen“ in Burgscheidungen beleidigten Pressevertreter/-innen und beschädigten eine Kamera (<https://uebermedien.de/29322/afd-kyffhaeusertreffen-teilnehmer-bedrohen-und-attackieren-journalisten>).

Das European Center for Press & Media Freedom (ECPMF) veröffentlichte im vergangenen Jahr eine Studie über Angriffe auf Journalist/-innen. Demnach gab es in Deutschland allein 2015 und 2016 dokumentierte 70 rechte Gewalttaten gegen Vertreter/-innen der Presse, fast alle am Rande von rassistischen Aufmärschen und Versammlungen. Verbale Bedrohungen, Beleidigungen und ähnlich gelagerte Straftaten sind darin nicht erfasst (https://ecpmf.eu/files/feindbild_presse_en-web.pdf).

Journalist/-innen kritisieren erst jüngst, dass sie sich bei extrem rechten Aufmärschen nicht auf die Polizei verlassen können und mitunter Schikanen ausgesetzt seien (www.djv.de/startseite/service/blogs-und-intranet/djv-blog/detail/article/von-persserecht-keine-ahnung.html). Journalistenverbände fordern schon länger einen wirksamen Schutz vor tätlichen Angriffen, etwa indem die Sensibilität bei am Rande von Versammlungen eingesetzten Polizeibediensteten für die freie Presseberichterstattung gestärkt wird. Schließlich müssen Journalist/-innen ohne Gefahr für Leib und Leben ihrer unabhängigen Aufgabe nachkommen können, über Ereignisse von öffentlichem Interesse zu berichten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung politisch-rechts motivierter Angriffe auf Pressevertreter/-innen in den vergangenen drei Jahren?
2. Werden solche Angriffe auf Pressevertreter/-innen in der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) oder im kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) separat erfasst?
 - a) Wenn ja: Wie viele und welche politisch-rechts motivierten Straf- und Gewalttaten gegen Pressevertreter/-innen wurden seit 2013 erfasst (bitte aufschlüsseln nach Jahr und Bundesland)?
 - b) Wenn nein: Aus welchen konkreten Gründen wird bisher auf solch eine Erfassung verzichtet, und wird sich die Bundesregierung im Rahmen der Innenministerkonferenz (IMK) für die Einführung einer entsprechenden zusätzlichen Kategorie in den Polizeistatistiken einsetzen?
3. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Ausgang entsprechender Strafverfahren?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die in der Studie des ECPMF erläuterte hohe Dunkelziffer durch nicht angezeigte Gewalttaten gegen Pressevertreter/-innen (https://ecpmf.eu/files/feindbild_presse_en-web.pdf, S. 15f.)?
5. Inwiefern gibt es für von Gewalttaten betroffene Journalist/-innen eine(n) spezielle(n) Ansprechpartner/-in in der Bundesregierung?
6. Inwiefern ist der Schutz von Pressevertreter/-innen am Rande von politisch-rechts motivierten Versammlungen seit 2015 expliziter Gegenstand von Aus- und Fortbildungsmodulen an der Bundespolizeiakademie gewesen?
7. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über entsprechende Lehrinhalte an den Polizeihochschulen der Länder?
8. Inwiefern sind Presserecht und insbesondere Kunsturhebergesetz und Bundesdatenschutzgesetz expliziter Gegenstand von Aus- und Fortbildungsmodulen an der Bundespolizeiakademie?
9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über entsprechende Lehrinhalte an den Polizeihochschulen der Länder?
10. Inwiefern haben sich die Bundesregierung oder nachgeordnete Stellen zusammen mit Journalistenverbänden und -gewerkschaften über die Problematik zunehmender gewalttätiger Angriffe auf Pressevertreter/-innen ausgetauscht, und welche weiteren Schritte sind in diesem Zusammenhang seitens der Regierung geplant?

11. Sieht die Bundesregierung Veränderungsbedarf an den 1993 zwischen Innenministerkonferenz, Presserat, öffentlich-rechtlichen Sendern und Branchenverbänden vereinbarten „Verhaltensgrundsätze[n] für Presse/Rundfunk und Polizei zur Vermeidung von Behinderungen bei der Durchführung polizeilicher Aufgaben und der freien Ausübung der Berichterstattung“ (www.presserat.de/fileadmin/user_upload/Stellungnahmen/Verhaltensgrundsaeetze_Presse_Polizei.pdf) hinsichtlich neuer technologischer Entwicklungen in der Berichterstattung und neuen einsatztaktischen Herausforderungen einerseits und einer gestiegenen Gewaltbereitschaft von Neonazis und sogenannten Rechtspopulisten andererseits?
12. Plant die Bundesregierung wegen der angesprochenen Problematik Gesetzesinitiativen vorzulegen oder das Thema im Rahmen der IMK zu beraten?

Berlin, den 9. August 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

